

5. Die *Great Inflation* bewältigen: Eine *Stabilitätsgemeinschaft* für Europa (1966-1974)

In den späten 1960er und in den 1970er Jahren fokussierten sich die Wirtschaftsdebatten der Bundesrepublik auf das Inflationsproblem. Zwar war die Preisstabilität seit 1948 ein wesentlicher Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft, doch das in den Jahren des Wiederaufbaus geschmiedete Preisgleichgewicht wurde nunmehr durch verschiedene Entwicklungen gefährdet: eine von den wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik »importierte Inflation«; den Bruch des Lohnkonsenses der Nachkriegszeit im Zuge der 68er-Bewegungen; die Erhöhung der Staatsausgaben durch die sozialliberale Koalition. In diesem Kontext erschütterten drei Rezessionen (1966, 1975, 1979) die Stabilitätspolitik und das westdeutsche Wirtschaftsmodell. Unter dem Einfluss monetaristischer Vorstellungen wurde die Inflation zum Mittelpunkt einer umfassenden Wirtschaftsdebatte, die zum Sturz Erhards und später Schmidts sowie zweier Wirtschaftsminister (Möller und Schiller) führte und mindestens ebenso sehr wie die Hyperinflation von 1923 zur Bildung einer antiinflationären öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik beitrug. Vor diesem Hintergrund konzipierte die Bundesregierung eine europäische Lösung: die *Stabilitätsgemeinschaft*.

Die Wahl der Preisstabilität: Monetarismus und Globalsteuerung

Die »importierte Inflation« war der erste Faktor, der die Soziale Marktwirtschaft von außen destabilisierte. Die allmähliche Aufhebung der Zollschränken in der EWG erhöhte die wirtschaftlichen Interdependenzen, während die amerikanische Expansionspolitik der *Great Society* und das Engagement in

Vietnam die Weltinflation verstärkten. Die Handelsüberschüsse der Bundesrepublik wurden hierbei als treibender Faktor für die Inflation angesehen, die zwischen 1968 und 1973 4,1 % erreichte.¹

Schon 1964 stand die »importierte Inflation« im Mittelpunkt des ersten Berichts des neugegründeten Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.² Dieser Bericht basierte unter anderem auf einem Gutachten von Friedrich Lutz, dem ehemaligen Schüler von Eucken und Vorsitzenden der Mont Pèlerin Society (1964–1967).³ Dieser westdeutsche Gegner des Bretton-Woods-Systems orientierte sich an Milton Friedmans Theorie der flexiblen Wechselkurse, die dafür plädierte, die künstliche Festlegung des Geldwerts durch die Staaten zu beenden und die Kurse vom Markt bestimmen zu lassen, wodurch die Zentralbanken von ihren Interventions- und Finanzierungspflichten befreit würden, um sich wieder auf die nationale Preisstabilität zu konzentrieren.⁴ Der Sachverständigenrat wurde zum Fahnenträger dieser neoliberalen Theorie und befürwortete infolgedessen die Entwicklung der Bundesrepublik zu einer »Insel der Geldwertstabilität«, die es durch das Floating vor der globalen Inflation zu schützen galt.⁵ Mit der Vorbereitung eines ersten Stabilitätsgesetzes stellten die letzten Jahre des Kabinetts Erhard eine Art »Inkubationszeit« für die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition dar.⁶

Die Überlegungen zur Inflation wurden auch durch die expansive Politik der Bundesregierung angeheizt. Das Niveau der öffentlichen Ausgaben stieg von 39 % Ende der 1960er Jahre auf fast 50 % in der Mitte des folgenden Jahrzehnts, wodurch die Defizite 1975 auf 23 Milliarden DM anstiegen.⁷ Mit

1 Vgl. M.-P. Chélini: »European Inflation«, S. 44–46.

2 Sondergutachten (10. Dezember 1964) des Sachverständigenrates, S. 157–167.

3 Vgl. Lutz, Friedrich: *The Problem of International Economic Equilibrium*, Amsterdam: North-Holland Publishing Company 1962.

4 Vgl. Friedman, Milton: »The case for flexible exchange rates«, in: Milton Friedman (Hg.), *Essays in Positive Economics*, Chicago: Chicago University Press 1953. Siehe dazu Janssen, Hauke: *Milton Friedman und die »monetaristische« Revolution in Deutschland*, Marburg: Metropolis 2006; Schmelzer, Matthias: *Freiheit für die Wechselkurse. Die Ursprünge der neoliberalen Währungspolitik und die Mont Pèlerin Society*, Marburg: Metropolis 2010.

5 Jahrgutachten 1964/65 des Sachverständigenrates, S. 131.

6 A. Nützenadel: *Stunde der Ökonomen*, S. 303–308.

7 Vgl. Ullmann, Hans-Peter: *Der Deutsche Steuerstaat. Geschichte der öffentlichen Finanzen*, München: Beck 2005, S. 197.

dem von der Großen Koalition im Juni 1967 verkündeten Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum wurde eine Globalsteuerung der Wirtschaft eingeführt, die vom Keynesianismus inspiriert war. Nach dem Machtwechsel ersetzte Schiller den Begriff »Soziale Marktwirtschaft«, der politisch zu sehr mit der CDU/CSU etikettiert war, durch den Begriff »aufgeklärte Marktwirtschaft«. Dieser Wandel der Wirtschaftspolitik wurde unter anderem von Herbert Giersch im Sachverständigenrat befürwortet. Als Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und Mitglied der Mont Pèlerin Society, versuchte Giersch, eine konjunkturstabilisierende Wirkung durch die Globalsteuerung mit der Bekämpfung der Inflation durch die »konzertierte Aktion« zwischen den Sozialpartnern zu kombinieren.⁸ Diese Wirtschaftspolitik spaltete die Ordoliberalen und die Mont Pèlerin Society, während sich die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft von Schillers Konjunkturprogrammen distanzierte.⁹ Die neue Ausrichtung genoss die Unterstützung des BMWi, in dem die von Erhard und Müller-Armack rekrutierten Mitarbeiter weiterhin im Amt blieben. Die Abteilung I wurde zwischen 1967 und 1973 von Otto Schlecht, einem ehemaligen Schüler von Leonhard Miksch und Elisabeth Liefmann-Keil in Freiburg, geleitet. Er trat 1953 in das BMWi ein und war von 1973 bis 1991 Staatssekretär, wobei er acht Ministern diente und die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik prägte. Sein Nachfolger als Leiter der Abteilung I war Hans Tietmeyer, der in Köln bei Müller-Armack und Gerhard Weisser studiert hatte und später Schillers persönlicher Berater wurde.¹⁰ Er trat 1962 in das BMWi ein und etablierte sich als Währungsexperte der Bundesregierung. Er spielte eine Schlüsselrolle im Werner-Ausschuss und wurde später Staatssekretär im BMF (1982–1989) und schließlich Präsident der Bundesbank (1993–1999). Auch wenn beide sich als Hüter der Ordnungspolitik betrachteten, verteidigten sie eine evolutionäre Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft als »dynamische Ordnung«, die es durch die Globalsteuerung und die »konzertierte Aktion« an die Veränderungen des Umfelds anzupassen galt.¹¹

8 Vgl. Schanetzky, Tim: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin: Akademie Verlag 2007, S. 73–74; Feld, Lars/Horn, Karen/Paqué, Karl-Heinz (Hg.): Das Zeitalter von Herbert Giersch. Wirtschaftspolitik für eine offene Welt, Tübingen: Mohr Siebeck 2013.

9 Vgl. Ph. Plickert: Wandlungen des Neoliberalismus, S. 212 und 337.

10 Vgl. J. Algermissen: Hans Tietmeyer.

11 Schlecht, Otto: Konzertierte Aktion als Instrument der Wirtschaftspolitik, Freiburg (Walter-Eucken-Institut): Mohr Siebeck 1968.

Die Inflationsfaktoren führten zu einer grundlegenden Neudefinition der Währungspolitik. Die Bundesbank hatte seit dem »Wirtschaftswunder« eine unterbewertete DM bevorzugt, um den westdeutschen Export zu unterstützen, während die Gewerkschaften darin einen Schutz der Arbeitsplätze sahen. Dieser grundsätzliche Konsens wurde zwischen 1968 und 1973 durch das Floating allmählich in Frage gestellt und durch eine allgemeine Akzeptanz einer »starken DM« ersetzt.¹² Die Experimente des DM-Floatings im September-Oktober 1969, im Mai-Dezember 1971 und ab März 1973 zeigten, dass die westdeutschen Unternehmen dank ihrer außerpreislichen Wettbewerbsfähigkeit eine hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber einer Währungsaufwertung aufwiesen. Vor allem zeigten die Spekulationswellen, dass westdeutsche Firmen durch opportunistische Bewegungen bei der DM weitgehend für die »importierte Inflation« verantwortlich waren, indem sie die von der Bundesbank gesetzten Kreditgrenzen durch Kreditaufnahmen im Ausland, die dann in DM konvertiert wurden, umgingen.¹³ Infolgedessen war es nun angemessener, Auslandsinvestitionen durch eine starke DM zu unterstützen, als Exporte durch ihre Unterbewertung zu schützen. Das auf festen Wechselkursen aufgebaute Bretton-Woods-System war daher für die handelspolitische Öffnung der westdeutschen Wirtschaft nicht mehr notwendig. Die Bundesbank wurde im Dezember 1974 die erste Zentralbank, die antiinflationäre Geldmengenziele einführte.

Die *Great Inflation* veränderte das Wirtschafts- und Währungsmodell der Bundesrepublik grundlegend, indem sie den gesellschaftlichen Konsens noch stärker auf eine Preisstabilität ausrichtete, die nun von anderen Imperativen wie dem Wert der Währung befreit war. Dieser neue wirtschaftliche und soziale Kompromiss, der auf einer starken Währung und einer niedrigen Inflation beruhte, sollte zum Hauptpfeiler des *Modells Deutschland* in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre werden.

12 Vgl. Emminger, Otmar: D-Mark, Dollar, Währungskrisen. Erinnerungen eines ehemaligen Bundesbankpräsidenten, Stuttgart: DVA 1986, S. 159–162; Gray, William Glenn: »Floating the System: Germany, the United States, and the Breakdown of Bretton Woods, 1969–1973«, in: Diplomatic History 31 (2007), S. 296.

13 Vgl. J. Germann: Unwitting Architect, S. 100–101.

Eine neue internationale Strategie: die *Stabilitätsgemeinschaft*

Mit dieser neuen Ausrichtung der Geldpolitik zeichneten sich zwei Strategien für die internationale Währungspolitik ab. Die erste, die seit den 1950er Jahren von den Neoliberalen unterstützt wurde, bestand darin, die Bundesrepublik zu einer »Stabilitätsinsel« zu machen, die durch das Floating von der Weltinflation isoliert werden sollte und zu einem sehr hohen Niveau an nichtpreislicher Wettbewerbsfähigkeit gezwungen wäre. Der Vertrag von Rom verbot jedoch ein einseitiges Floating und verpflichtete die Mitgliedstaaten, ihre »Wechselkurspolitik als ein Problem von gemeinsamem Interesse« zu behandeln (Art. 107). Die zweite Strategie zielte darauf ab, die Bundesrepublik in eine größere Zone wirtschaftlicher und monetärer Stabilität zu integrieren und so die Auswirkungen des DM-Anstiegs und deren soziale Folgen zu begrenzen. Diese Option erschien jedoch mittelfristig schwer umsetzbar, da sie eine gemeinsame Konvergenz der westeuropäischen Wirtschaften zu einer Stabilitätspolitik verlangte.

Diese zweite Strategie wurde schon im August 1966 von dem Sachverständigenrat theorisiert, der internationale bzw. europäische Verhandlungen empfahl, um unter den EG-Ländern eine »Stabilitätsgemeinschaft« zu gründen.¹⁴ Unter dem Druck der Industrielobbys lehnte die Große Koalition das unilaterale Floating ab und wählte die europäische Option zur Stabilisierung der Wirtschaft.¹⁵ Die »außenwirtschaftliche Absicherung« bildete somit ein grundlegendes Korrelat zu dem am 8. Juni 1967 verkündeten Stabilitätsgesetz. Schiller, Schlecht und Tietmeyer bauten das Konzept der *Stabilitätsgemeinschaft* zu einer diplomatischen Kernstrategie der Europapolitik aus.¹⁶ Dabei handelte es sich darum, die Grundprinzipien der westdeutschen Stabilitätspolitik auf die Sechs auszuweiten. Im Gegenzug sei die Bundesregierung dazu bereit, gemeinsame Ziele für Wachstum und Vollbeschäftigung festzulegen. Die politische Autonomie der Staaten sollte zugunsten eines Haushaltszwangs eingeschränkt werden. Die *Stabilitätsgemeinschaft* könnte später zur Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und schließlich zu ei-

14 Jahresgutachten 1966/67 des Sachverständigenrates, S. 148–157.

15 Vgl. Das Kabinett Kiesinger. Die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966, Bonn, 1967, S. 11.

16 BArch, B 136, 7405, Vermerk (Tietmeyer) »Grundzüge der Stabilitätsgemeinschaft« – 16. Oktober 1967.

ner Währungsunion führen, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Konvergenz in Richtung Stabilitätspolitik verwirklicht werde.

Diese Strategie wurde in den folgenden Jahren durch die Destabilisierung des IWS bestärkt. Angesichts des stetigen Verfalls des Dollars, der Abwertung des Pfunds im November 1967 und der Krise des französischen Franc nach Mai 1968 wurde die DM zu einer Fluchtwährung und die Bundesbank zur wichtigsten Stütze der europäischen Währungen. Gegen den politischen Druck ihrer Verbündeten wurde es für die Bundesregierung umso dringlicher, die währungspolitische Solidarität von einer wirtschaftlichen Stabilisierung abhängig zu machen. Im Gegensatz zur DM-Aufwertung 1961 lehnte Schiller auf der Bonner Währungskonferenz im November 1968 eine Aufwertung hartnäckig ab und zog damit den Zorn der Kanzleien und der westlichen Öffentlichkeit auf sich. Die wirtschaftlichen Konsequenzen von Mai 1968 in Frankreich beschleunigten die westdeutschen Überlegungen bezüglich der *Stabilitätsgemeinschaft*.¹⁷ Die DM stand nun alleine gegen die Spekulationswellen und den fallenden Dollar. Außerdem musste die französische Regierung Importkontingente, sowie Preis- und Devisenkontrollen wiedereinführen, was die europäische Konvergenz in Frage stellte, ohne einen Export-Boom in Westdeutschland zu verhindern. Die innerhalb des Gemeinsamen Markts entstandenen Interdependenzen führten zu einer Überhitzung in der Bundesrepublik, die »wilde Streiks« und eine DM-Aufwertung im Herbst 1969 zur Folge hatte.

All dies verstärkte die Notwendigkeit, eine europäische Alternative zur atlantischen Währungsordnung umzusetzen. Als Antwort auf das 1968–1969 vom Vize-Präsident der EG-Kommission Raymond Barre vorgestellte Projekt für eine Wirtschafts- und Währungsunion, das eine monetäre Solidarität einführen wollte, schlug Schiller zum ersten Mal das Konzept einer antiinflationären *Stabilitätsgemeinschaft* vor.¹⁸ Der Wirtschaftsminister lehnte eine automatische monetäre Solidarität ab und machte sie von der wirtschaftlichen Konvergenz abhängig. Diese Auffassung entsprach der »Krönungstheorie«, nach der die Währungsunion den Prozess der wirtschaftlichen Konvergenz vollenden sollte. Damit waren die Grundzüge des Streits um die Prioritäten zwischen »Monetaristen« und »Ökonomen« festgelegt.

17 Vgl. M. Dubois: Les conséquences économiques de Mai 68, S. 103–186.

18 PA-AA, B 20–200/1.997, Ergebnis der 31. EWG-Finanzministerkonferenz am 9./10. September 1968.

Nach der Bildung der sozialliberalen Koalition beauftragte Schiller Tietmeyer mit der Ausarbeitung eines Stufenplans.¹⁹ Der »Schiller-Plan« sah die schrittweise Umsetzung der WWU bis 1980 vor. Der Kernpunkt lag in der Begrenzung wirtschaftlicher Risiken innerhalb der zukünftigen »Risikogemeinschaft« durch die allmähliche Einführung von gemeinschaftlichen Kontrollorganen über die Finanzpolitik, von »Sachzwängen« wie der Liberalisierung der Kapitalmärkte, aber auch von einer grundsätzlichen Strukturpolitik. Die Konvergenz der Wirtschaftspolitik würde sich aufgrund der Übertragung von Souveränität »oft als sehr schmerzhaft« erweisen. Die ersten Etappen sollten daher eine Probezeit für die Bekehrung der Staaten und ihrer Bevölkerungen zum Stabilitätsideal darstellen. Um die Legitimität des Gemeinschaftszwangs zu gewährleisten, sah der Plan die parallele Gründung einer Politischen Union durch die Wahl des Europäischen Parlaments vor. Mit dem »Schiller-Tietmeyer-Plan« verfügte die westdeutsche Diplomatie schon über eine umfassende und solide Verhandlungsbasis, als Brandt zusammen mit Pompidou auf der Haager Konferenz am 1. und 2. Dezember 1969 die *Relance* der europäischen Integration entschied.²⁰ Das Kommuniqué der Konferenz übernahm wortwörtlich das Ziel des westdeutschen Memorandums, eine »Stabilitäts- und Wachstumsgemeinschaft« auf der Grundlage einer »Harmonisierung der Wirtschaftspolitik« zu schaffen.²¹ Das Gipfeltreffen markierte somit einen wichtigen Wendepunkt in der europäischen Integration, indem es einen WWU-Prozess einleitete, der auf die Schaffung einer *Stabilitätsgemeinschaft* ausgerichtet war.

19 BArch, B 102, 93467, Stufenplan zur Verwirklichung der WWU (E1) – Fassung des 30. Oktober 1969. Tietmeyer, Hans: »Europa-Währung eine Fata Morgana?«, in: Publik vom 29. August 1969.

20 BArch, B102, 93456, Deutsches Memorandum zur Frage der WWU – 25. November 1969 und BArch, B 102, 93456, Eingangserklärung des BK auf der EWG-Gipfelkonferenz in den Haag am 1. Dezember 1969.

21 »Kommuniqué der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in Den Haag (1. und 2. Dezember 1969)«, in: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften 1/1970, S. 12–17.

Das Missverständnis des Werner-Plans: die Illusion einer Übereinstimmung

Die großen Ambitionen des am 12. Februar 1970 vorgestellten Schiller-Plans erklärten sich sowohl durch die Notwendigkeit, eine europäische Stabilitätszone zu schaffen, als auch durch den Eindruck einer Übereinstimmung der Wirtschaftspolitik in der EWG.²² Nach dem Rücktritt de Gaulles im April 1969 und vor einem erneuten britischen Beitrittsantrag dachten Schiller und Tietmeyer, dass die EG-Mitgliedstaaten bereit wären, »eine supranationale Struktur einzugehen« und bedeutende Souveränitätstransfers anzunehmen.²³ Diese Vision beruhte jedoch auf einem tiefen Missverständnis, das das AA schon früh erkannt hatte.

Das nach der Haager Konferenz eingesetzte Werner-Komitee spaltete sich schnell zwischen »Ökonomen« (Bundesrepublik, Niederlande) und »Monetaristen« (Belgien, Luxemburg, Italien), während Frankreich sich zurückhielt.²⁴ Der westdeutsche Standpunkt stützte sich auf ein detailliertes Positionspapier des BMWi, des BMF und der Bundesbank, das auf Analysen von Universitätsinstituten beruhte.²⁵ Dem Staatssekretär beim BMWi, Johann Baptist Schöllhorn, und seinem Berater im Komitee, Hans Tietmeyer, gelang es schnell, die Grundprinzipien des freien Kapitalverkehrs, der Haushaltszwänge und der quantitativen Konvergenzkriterien durchzusetzen. Der von Italien, Frankreich und Belgien geforderte Reservefonds wurde hingegen auf die späteren Phasen der WWU verschoben. Die westdeutschen Vorschläge für eine Politische Union waren besonders ehrgeizig und sahen die Schaffung eines demokratischen Bundesstaates mit einem direkt gewählten Parlament, Mehrheitsentscheidungen im Rat und einer autonomen Zentralbank vor.²⁶ Vier Jahre nach der »Krise des leeren Stuhls« erschien ein solcher Plan dem AA jedoch unrealistisch. Vom Vize-Präsidenten der Bundesbank, Otmar Emminger, beraten, glaubten Schiller und Schöllhorn dennoch an die

22 BArch, B 102, 93457, Memorandum – Grundlinien eines Stufenplanes zur Verwirklichung der WWU in der EWG – 12. Februar 1970.

23 Vgl. J. Algermissen: Hans Tietmeyer, S. 256.

24 Vgl. Hiepel, Claudia: Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise, München: Oldenbourg 2012, S. 96–104.

25 BArch, B 102, 93469, Diskussionsbeitrag zum Thema Wirtschaftsunion als Grundlage der Währungsunion – 31. März 1970.

26 BArch, B 136, 14923, Deutscher Vorschlag für die institutionelle Gestaltung der Endstufe der WWU – ohne Datum (Juli 1970).

Kompromissbereitschaft Frankreichs, da Pompidou und Giscard nach Mai 1968 zu erheblichen Zugeständnissen bereit schienen, um den Beistand der westdeutschen Währungsreserven zu erhalten.²⁷

Der Werner-Bericht wurde einstimmig angenommen und dem Rat am 8. Oktober 1970 übergeben.²⁸ Wenig überraschend genoss er in der Bundesrepublik einen breiten Konsens in den politischen Parteien und Gewerkschaften, in der Wirtschaft sowie in der Öffentlichkeit. Ganz im Gegenteil reagierte Pompidou wütend und kritisierte in dem »Liberalismus deutscher Art« einen »brutalen und unkontrollierten Kapitalismus«.²⁹ Die deutliche Ablehnung des Werner-Plans durch Frankreich machte seinen westdeutschen Partnern schlagartig die Grenzen der politische Annäherung bewusst. Die westdeutsche Diplomatie zahlte hier den Preis für zehn Jahre Blindheit gegenüber der Realität dessen, was sie für einen Nationalismus aus einem anderen Zeitalter gehalten hatte und was sie lange Zeit als »de Gaulles Regime« bezeichnet hatte, dessen politische und wirtschaftliche Prinzipien aber durch seinen Abgang in keiner Weise erschüttert worden waren. Trotz der westdeutschen Enttäuschung wurde bei den deutsch-französischen Treffen am 25. und 26. Januar 1971 ein Kompromiss gefunden. Brandt und Pompidou einigten sich auf die Einführung eines monetären Beistandsmechanismus schon in der ersten Phase des Werner-Plans und auf den Verzicht schneller Fortschritte im Bereich der Politischen Union. Um den westlichen Teil seiner Europapolitik zu retten, gab Brandt damit ein konsensfähiges Projekt in der Bundesrepublik auf und akzeptierte einen Plan, der nur noch eine monetäre Zusammenarbeit und eine wirtschaftliche Koordinierung organisierte.

Eine liberale Alternative zur WWU: das Floating in einer DM-Zone

Die Hoffnungen, die in den Werner-Plan gesetzt worden waren, wurden fast sofort durch die Verschlechterung der internationalen Währungslage gedämpft. Ab dem Frühjahr 1971 beschleunigte Nixons *benign neglect* Politik

27 BArch, B 102, 161037, Brief von Emminger an Schöllhorn vom 23. Dezember 1970.

28 Vgl. Wilkens, Andreas: »Der Werner Plan. Währung, Politik und Europa 1968–1971«, in: Franz Knipping/Matthias Schönwald (Hg.), Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984, Trier: Wissenschaftlicher Verlag Trier 2004, S. 217–244; Danescu, Elena: Pierre Werner and Europe. The Family Archives behind the Werner Report, New York: Palgrave Macmillan 2018.

29 Vgl. M. Dubois: Les conséquences économiques de Mai 68, S. 258.

die Krise des IWS und führte im August zur Aufhebung der Dollar-Konvertierbarkeit in Gold.³⁰ Während die Konvergenz der europäischen Währungen gerade erst begann, veranlassten die Spekulationswellen Schiller dazu, die DM im Mai 1971 zum zweiten Mal floaten zu lassen. Diese Lösung wurde von den Vereinigten Staaten sowie von Frankreich erneut abgelehnt. Die französische Regierung sah in der stetigen Aufwertung der westdeutschen Währung die Gefahr einer DM-Zone, die alle europäischen Währungen nach oben treiben würde. Vor allem bestand der französische Standpunkt darin, die Verantwortung des Staats im Bretton-Woods-System zu verteidigen, sowohl in Bezug auf die Festlegung der Wechselkurse als auch auf die Kontrolle der Währungen. Angesichts einer solchen Uneinigkeit über die Rolle des Staats entschied sich Schiller für die Übergangslösung der »Stabilitätsinsel«, um die Bundesbank von ihren Verpflichtungen im Rahmen des Bretton-Woods-Systems und von den Folgen der Geldpolitik interventionistischer Wirtschaften zu befreien. Schillers Bekenntnis zum Floating wurde auch von den Interessen der westdeutschen Exporteure geleitet, deren Schlüsselrolle bei den Spekulationswellen durch die Wiederverwertung der Handelsüberschüsse westdeutscher Unternehmen in Auslandsanleihen damals erst allmählich verstanden wurde.³¹ Obwohl dieser Standpunkt von den wissenschaftlichen Experten weitgehend unterstützt wurde, die das Floating als einen antiinflationären Sachzwang für die Wirtschaftspolitik betrachteten³², wurde er weder von der politischen Klasse noch von den Wirtschaftskreisen geteilt, die die kommerziellen Folgen des Anstiegs der DM um mehr als 10 % im Oktober fürchteten.³³ Im Dezember sah der Kompromiss des Smithsonian Institutes zwischen Nixon und Pompidou eine Rückkehr zu festen Wechselkursen vor, dies aber ohne Goldbindung.³⁴ Das Währungssystem von Bretton Woods hatte ausgedient.

30 Vgl. Zimmerman Hubert: »The Fall of Bretton Woods and the Emergence of the Werner Plan«, in: Lars Magnusson/Bo Stråth (Hg.), *From the Werner Plan to the EMU. In Search for a political Economy for Europe*, Brüssel: Peter Lang 2002, S. 49–72.

31 BArch, B 102, 161034, Stabilitätspolitik in der WWU – 18. August 1972.

32 Jahresgutachten 1971/72 des Sachverständigenrates, S. 91–93.

33 Vgl. Böenkamp, Gerard: *Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969–1998*, Stuttgart: Lucius und Lucius 2010, S. 43.

34 Vgl. James, Harold: *International Monetary Cooperation Since Bretton Woods*, Oxford: Oxford University Press 1996, S. 214–218.

Auch der Versuch, das internationale System durch eine regionale Stabilitätszone zu ersetzen, scheiterte bald. Die im April 1972 eingeführte Währungsschlange wurde sofort durch Spekulationswellen gefährdet. Nach Schillers Sturz im Juli 1972, versuchte Schmidt als neuer Wirtschafts- und Finanzminister mit Hilfe der Bundesbank Devisenkontrollen wieder einzuführen. Das Scheitern dieser staatlichen Ausrichtung, den massiven Devisenzufluss zu stoppen, führte schließlich zur Annahme des Floatings als allerletzte Möglichkeit. Im Februar 1973 gelang es Emminger, dem BMWi und dem BMF, Schmidt davon zu überzeugen, ein europäisches Floating auszuhandeln, um eine weitere Isolierung der Bundesrepublik zu verhindern.³⁵ Am 12. März 1973 gaben die Währungen von sechs europäischen Ländern (Bundesrepublik, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark) ihre Parität zugunsten eines abgestimmten Floatings innerhalb der Schlange auf. Das abgestimmte Floating befreite die Zentralbanken von ihren Interventionsverpflichtungen, brachte aber die Schlange zu Ungunsten der schwachen Währungen aus dem Gleichgewicht, indem die Zentralbanken deren Kurs nun gegen den Anstieg der starken Währungen stützen mussten. Dabei übten sie einen Sachzwang auf die Wirtschaftspolitik aus. Die Verwirklichung der WWU erschien daher aus wirtschaftlichen Zwecken weniger notwendig für die Bundesrepublik, die nun gleichzeitig eine »Stabilitätsinsel« sein und ihre Partner innerhalb der DM-Zone zur Konvergenz zwingen konnte.³⁶ Für die westdeutschen »Ökonomen« war dies eine ideale Übergangslage, in der die Bundesrepublik nun auf Fortschritte bei der Konvergenz warten konnte. Der Übergang zur zweiten Stufe der WWU, der ursprünglich für den 1. Januar 1974 vorgesehen war, wurde durch unrealistische Bedingungen vom BMF und vom BMWi hinausgezögert.³⁷ Die westdeutsche Diplomatie, die seit 1969 einer der wichtigsten Architekten der WWU gewesen war, bremste den Prozess nun eher aus. Nach dem Ölpreisschock verließ der Franc die Schlange im Januar 1974, sowie die Lira und der Pfund es schon vorher getan hatten. Die Schlange reduzierte sich damit auf einen stabilitätsorientierten Währungsverbund um die DM, was den Forderungen der Bundesbank, des BMWi und des BMF entsprach, die darin »das Herzstück der künftigen Wirtschafts- und Wäh-

35 »Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jelonek«, in: AAPD, 1973, Bd. I, 1. Januar bis 30. April, München: Oldenbourg 2004, S. 206–207 (Dokument 41).

36 Jahresgutachten 1973/74 des Sachverständigenrates, S. 151–154.

37 Vgl. Cl. Hiepel: Willy Brandt und Georges Pompidou, S. 226.

rungsunion« sahen.³⁸ Das Fehlen einer genügenden Kompromissbereitschaft bedeutete das Scheitern des Werner-Plans und die Verschiebung des Projekts der *Stabilitätsgemeinschaft* auf unbestimmte Zeit.³⁹

* * *

Die Folgen der *Great Inflation* führten zu einer grundlegenden Neuorientierung der westdeutschen Europapolitik, die nunmehr auf das Ziel einer regionalen Stabilität um die DM ausgerichtet wurde, was das Ende des IWS beschleunigte. Diese integrationistische Wende des BMWi unterschied sich deutlich von der Skepsis Erhards und Müller-Armacks gegenüber einer kurz- und mittelfristigen Konvergenz der europäischen Wirtschaftskulturen. Das Ziel einer DM-Zone verlieh auch der Bundesbank eine zentrale Rolle in den europäischen Verhandlungen. Schließlich hatte die Bundesrepublik mit dem Werner-Plan ein ambitiöses Modell für die *Stabilitätsgemeinschaft* vorgeschlagen, das auf wirtschaftlicher Konvergenz zu liberalen Prinzipien und politischer Institutionalisierung mit der Perspektive der Schaffung eines Bundesstaates beruhte. Während die Verhandlungen über die WWU zunächst von Frankreich und der EG-Kommission angeregt worden waren, konnte sich dank der schnellen Entwicklung dieses Gesamtkonzepts im BMWi ein Verhandlungsrahmen durchsetzen, der den westdeutschen Vorschlägen weitgehend entsprach. Diese Grundzüge setzten über den Delors-Plan bis hin zu Maastricht die langfristigen Ziele der Bundesrepublik für die WWU.

38 Vgl. H. James: Making, S. 138.

39 BArch, B 102, 266599, Perspektiven für die Weiterentwicklung der WWU bis 1980 – 26. Mai 1975.